

Der erste große Fußball findet, wie das Adinal, Oberbairischallam bekannt ist, nicht Mittwoh, den 14. Januar, sondern Montag, den 12. Januar 1914, statt.

80. Geburtstag eines alten Königlich Sächsischen Feldzugs-Generalkapitän. Der bekannte sächsische Königlich Sächsischer Vizepräsident des Herzogtums Bremen, feiert am 10. Dezember seinen 80. Geburtstag. Als Sohn des Königlich Sächsischen Generalleutnants v. Gassel in Verden a. N. geboren, besuchte er von 1846 bis 1849 das Gymnasium in Göttingen und trat dann in das Königlich Sächsische Garde-Gülar-Regiment in Verden a. N. ein, in dem er 1852 Offizier wurde. Im Jahre 1857 zur Generalstabakademie kommandiert, wurde er 1861 in den Generalstab versetzt. Während der Bundesexekution befand er sich im Generalstabe der Bundeskorps in Holstein und in der Schlacht bei Langensalza war er Generalstabschef der Meierei Kavalleriebrigade. Nach 1866 trat er als Ostasienchef in das Königlich Sächsische 2. Reiter-Regiment über, dem er bis zu seinem Hebertritt in den Ruhestand im Jahre 1874 angehörte. Am 1. September 1874 wurde er als Generalstabschef der 2. Division Nr. 21 das Mittelregiment 1. Klasse des Königlich Sächsischen Verdienstordens und das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Nach seinem Hebertritt in den Ruhestand widmete er sich auf seinem Güterbesitz (Kreis Kitzingen) ganz der Wissenschaft. Sein Hauptwerk ist seine „Geschichte des Sächsischen Hannover“ und weiter „Die sächsischen Kriege und das sächsische Hannover“, sowie „Das sächsische Hannover vom Kaiser Friedrich bis zur zweiten preussischen Okkupation 1867“. Auch den letzten Kampf der hannoverschen Kavallerie und für Ende, das er selbst mitwirkte, hat er trefflich geschildert.

Als dem Vortage. Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer brachte eine Neuanstellung der Abgeordneten. Die Herren Guntter und Prodauf zeigten sich mit dem Zweck der sächsischen Schuldenentlastung nicht unvereinbar und verlangten eine geringere Tilgungsrate für die Anleihe unter Hinweis auf Preußen, Bayern und Württemberg. Sie fanden aber mit ihrem Antrag auf Zurückweisung der Staatskapitel über Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden an die Finanzdeputation im Hause keine Gehör. Dem Finanzminister v. Sende- witz, der sich nochmals ganz ausführlich über den Etat und die Anleihepolitik der Regierung verbot, sekundierten nicht nur der Reichstagspräsident Anders, sondern auch die Abgeordneten Kleinow und Kleinert für die Nationalliberalen und Sozialdemokraten, wenn sie auch über Verwendung der überschüssigen Mittel verschiedene Beschlüsse verabschiedeten. Doch eindrucksvoll waren die erwiderten Worte des konservativen Finanzministers Dr. Sende witz, der auf den üblen Eindruck nach außen hin verwies, wenn der Staat ein einmal die gesetzlich festgelegte Tilgungsrate für seine Anleihe und Anleihekapitale bestrafen würde. Und trotzdem der Abgeordnete Merkel seinen Kollegen Guntter und Prodauf sehr temperamental bestrich, fanden die Deputationsanträge doch Aufnahme. Beim Abschluß der Verhandlung über die sächsischen Schulden des Vortages übernahm die sächsische Anleihekommission als Hauptaufgabe die Anleiheentlastung als Hauptaufgabe in der Kultur, und wählte auch ein allmähliches Aufheben der Staatsanleihe. Zahlreich kamen beim Etat des Vortages noch eine Reihe weiterer Wünsche zum Vortrag, die sich auf die Befreiung der Abgeordneten, mangelnde Sachlichkeit der Vortagesberichte des „Tressner Journals“ und Titulatur der Abgeordneten bezogen.

Zur Wehrsteuer. Das Adinal, Finanzministerium veröffentlicht im Wehr- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen (Nr. 22) vom Jahre 1913 eine Verordnung zur Vollziehung des Gesetzes über den einmütigen außerordentlichen Wehrbeitrag, die die von den Behörden bei der Veranlagung und Einziehung des Wehrbeitrages zu beobachtenden Vorschriften enthält.

Weihnachtsferien 1913. Auch in diesem Jahre werden wir vor dem Weihnachtsfeste verschiedene Artikel veröffentlichen, in denen auf empfehlenswerte Tressner-Nrmen hingewiesen wird. Unsere Leser finden den ersten Aufsatz in der vorliegenden Nummer auf Seite 17.

Landesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am 11. Dezember, abends 7 Uhr. Antrag des Dr. H. Schott, den Rat um Anstellung darüber zu ersuchen, warum beim Neubau von Webers Hotel die Mülltonne des Volkspalastes zwischen der Thier-Allee und der Webersstraße um 1/2 Meter vorwärts werden soll. Antrag des Dr. H. Schott, den Rat um Anstellung über die in der Webersstraße „Wandweg“ und „Wandweg“ zur Nr. 24 des „Jah“ vom 1. Dezember 1913 behandelte Abänderung von Landbesitzern zum Zusammenbau eines Reihens in Dresden zu entscheiden. — Erweiterung der Stromzuführungsanlagen in Schönfeld. — Schreiben des Rates, mittels dessen er die Rechnung über den Ausstellungsbeitrag 1912 zur Prüfung und Abrechnung überleitet und um schriftliche Genehmigung des Reichsausschusses ersucht. Der bei Kapitel 8, 2. dieser Rechnung, außerordentlicher Aufwand für Unterhaltung und Verbesserung der elektrischen Beleuchtungsanlagen im Park, eingereicht ist. — Aufstellung von weiteren 21 automatischen Kontrollkästen für das Stadtkassensystem. — Berechnung der Beamtengehälter an vier Arbeiter beim Vermessungsamt und Begründung von vier Beamtenstellen in Abteilung 1. Webers Nr. 22 der Webersstraße. — Wehrbeitrag.

Sonderbeiträge. Die heutige Nummer enthält drei Sonderbeiträge: Für die Webersstraße von Dr. H. Schott, für die Thier-Allee, Trompeterstraße, über Kontor- und Bureau-Möbel, von Abraham Düring, Herrnhut, über Webers, Webersstraße Dresden, Schloßstraße 12, wo auch ein Einmalzahlungsvorschlag verkauft wird; ferner für die Webersstraße von G. Webers, Webersstraße 21, über seine Webersstraße.

Alldeutscher Verband.

Am 7. Dezember saß in Remscheid der Gesamtverband des Alldeutschen Verbandes unter zahlreicher Beteiligung aus allen Gegenden des Reiches zusammengetretener Verbandsvertreter.

An erster Stelle berichtete der Vorsitzende Rechtsanwalt G. Webers über die Vorgänge in Jaber, ihre Ursachen und Folgen. An die Ausführungen des Vorsitzenden knüpfte sich eine außerordentlich lebhafte Erörterung, an der u. a. die Herren Jaber, Webers, v. Webers, Rechtsanwalt Dr. Webers, Remscheid, teilnahmen. In der Besprechung kam allseitig lebhaftes Bedauern der Behandlung des Jaberer Falles im Reichstags zum Ausdruck. Im Reichstags sei weder von der Regierung, noch von den Volksvertretern der Kernpunkt der ganzen Frage bloßgelegt worden, daß nicht die Entlassungen eines jungen Offiziers zu den Jaberer Vorkäufen führten, sondern daß diese zu den allen Kennern der Verhältnisse im Reichstags seit langem vorhersehbare Folge einer zielbewußten Verbeugung des sächsischen Volkes durch die Webersstraße waren. Es trat ferner das einmütige Verlangen auf, daß die Reichsregierung in letzter Stunde den letzten Willen lassen möge, den Webersstraße mit Entschiedenheit entgegenzutreten, damit der Reichsautorität, die zurzeit im Reichstags nur noch durch die Vertreter des deutschen Heeres wahrgenommen werde, unter allen Umständen Geltung verschafft werde.

An zweiter Stelle berichtete der Zeitungsverleger Dr. Webers, Berlin, über Deutschlands Befreiung in der sächsischen Türkei. Es wurde dann einmütig folgende Entschiedenheit angenommen:

Der Gesamtverband des Alldeutschen Verbandes spricht seine Heberzeugung dahin aus, daß das Deutsche Reich Befreiung hat, die auf die Erhaltung und die innere Befreiung des Staates gerichteten Heberzeugungen der Türkei nicht nur mit wohlwollender Teilnahme zu begleiten, sondern sie auch tatkräftig zu fördern; für den Fall

jedoch, daß die Erhaltung der Türkei aus inneren oder äußeren Gründen nicht möglich ist, erachtet es der Verband als Pflicht des Reiches, bei der Auseinandersetzung der Mächte über den türkischen Besitz nicht unbeteiligt zur Seite zu stehen, sondern den Anspruch geltend zu machen und durchzusetzen, daß dem deutschen Volke der seinem Bedürfnis entsprechende Anteil zuerkannt wird. Im Hinblick auf die zwischen dem Deutschen Reich und England schwebenden kolonialen Ausleihe-Verhandlungen ist der Verband der Ansicht, daß eine Verständigung der gegenseitigen Interessen mit den bei etwaigem Zerfall der Türkei entstehenden Fragen unbedingt verbunden werden muß, und daß das Reich sich für diesen Fall freie Hand zu wahren hat.

Es erhielt darauf das Wort Justizrat Schnauß, Leipzig, zu seinem Vortrage über: Unser Volkstum und die Regierung. Die sich erheben, an den Kernpunkt aller politischen Fragen, die Massenfrage, erinnernden Erörterungen lösten allgemeinen Beifall aus.

Die Münchner Ortskrankentassenwahl

hat mit einer Niederlage der Sozialdemokratie geendet, welche selber die Tasse beherrschte hat. Gewählt sind in den Ausschuss: a) Von den Arbeitnehmern 22 Bürgerliche und 38 Sozialdemokraten mit 5 bürgerlichen und 9 sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern. b) Von den Arbeitgebern 27 Bürgerliche und 3 sozialdemokratische Vorstandsmitglieder mit 7 bürgerlichen und 9 sozialdemokratischen Vorstandsmitgliedern. Somit sind im Ausschuss 49 Bürgerliche und 41 sozialdemokratische, in der Vorstandschaft 12 Bürgerliche und 9 sozialdemokratische Vorstandsmitglieder.

Es waren, um einen Wahlkampf mit den nicht unbedeutenden Kosten zu vermeiden, Kompromißverhandlungen für die Arbeitervahl im Gange; da die Sozialdemokraten 10 Sitze verlangten, ihnen aber nur 5 Konzessiert wurden, sind die Verhandlungen erfolglos geblieben. Jetzt haben die Sozialdemokraten bloß 3 Sitze aus eigener Kraft erhalten. Bemerkenswert ist, daß lediglich 3000 Arbeitgeber von 11000 wahlberechtigten Arbeitgebern auf Seiten der Sozialdemokratie sich befanden, also eine verschwindende Minderheit. Wenn alle Arbeitgeber zur Wahl gegangen wären, hätten die Sozialdemokraten 17 Sitze erhalten; seine Vertretung in der Arbeitervahlgruppe gewonnen.

Die Bürgerlichen haben einen Sieg errungen, allein sie haben noch nicht die Zweidrittelmehrheit von 14 Mitgliedern in der Vorstandschaft. Eine solche kann in Anrechnung der in § 49 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Webersstraße werden.

Dieser Paragraph handelt von der Anstellung der Beamten. Es sind für die Anstellung übernehmende Webersstraße beider Gruppen im Vorstand erforderlich; es müssen sich also die Arbeitervahlgruppe mit der Arbeitgebergruppe, die getrennt voneinander, bei Anstellung ihres Vorstands miteinander verhandeln. Einigen sich die Gruppen nicht, so wird die Webersstraße auf einen anderen Tag anberaumt. Wird auch dann keine Einigung erzielt, so kann die Anstellung beschlossen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen; ein solcher Beschluß bedarf der Genehmigung durch das Reichsausschussamt. Kommt ein Antragsbeschluß überhaupt nicht zustande oder wird die Webersstraße endgültig verweigert, so behält das Reichsausschussamt auf Kosten der Tasse widerrufen die für die Webersstraße der Stelle erforderlichen Personen. Haben die Webersstraße die Webersstraße ein Jahr lang geführt, so kann ihnen das Reichsausschussamt mit Genehmigung des Reichsausschussamts die Stelle endgültig übertragen.

Die deutsche Militärmision für die Türkei

ist nach Konstantinopel abgereist. Im Anschluß hieran macht die Webersstraße offiziös bediente „Frankf. Anz.“ nachfolgende Ausführungen:

Die Entlastungskampagne gegen diese Webersstraße kann damit wohl als erledigt und abgeschlossen gelten, eine Kampagne, die journalistisch von Petersburg ausging und in Paris alle denkbar Unterstützung fand, aber auch eine diplomatische Kampagne, obwohl sie als solche offenbar schnell erlosch, wurde durch die Erkenntnis, daß weder die Türkei noch Deutschland bereit waren, sich einschütern zu lassen. Die türkische Regierung blieb ruhig dabei stehen, daß sie allein und in ungeschwächter Souveränität zu entscheiden habe, wie und durch wen ihre Armee ausgebildet und reorganisiert werden sollte. Von Russland aus suchte man vor allem zu erreichen, daß die deutschen Offiziere ihre Taten nicht gerade auf das Erbe, das in Konstantinopel liegende Korps, konzentrierten. Aber gerade das ist für die türkischen Bedürfnisse wesentlich. Konstantinopel und Armenien sind heute die beiden gefährdeten Stellen im Osmanenreich; wenn vorerst nur ein einziges Korps der Armee besonders leistungsfähig gemacht werden kann, dann versteht es sich von türkischen Interesse aus von selbst, daß dieses Korps an einer der beiden gefährdeten Stellen stehen muß. Natürlich widerspricht dies auf der anderen Seite den russischen Interessen, denn Russland ist ja gerade die Macht, durch die in erster Linie gerade an der erwähnten Stelle das Osmanenreich gefährdet ist. Ein Ausgleich der russischen und der türkischen Interessen ist hier unmöglich, und die Webersstraße ist deshalb flugerweise dem formellen Protekt Russlands durch ein seit accompli zuvor gekommen. Nun bleibt den Russen nichts übrig, als — Kompensation zu fordern. Was sie sich aber dazu ausgeht haben, ist so grotesk, daß es auf den ersten Blick nur als Witze wirken kann: das Kommando der Bosphorus-Forts soll einem russischen Offizier anvertraut werden, die Bosphorus-Forts, die Konstantinopel gegen das Schwarz Meer, also praktisch gegen niemand anders als gegen Russland zu schützen bestimmt sind! Daß dies für die Türkei eine unzumutbare Situation wäre, versteht sich von selbst; aber auch England würde wohl mit einer solchen praktischen Aufhebung der Webersstraße nicht einverstanden sein. Was nun aber unsere deutsche Militärmision angeht, so ist ihre Entsendung schon deshalb erfreulich, weil dadurch auch den misanthropischen Lagen demonstriert wird, daß die angebliche Niederlage der deutschen Militärmision im Balkankrieg noch dem eigenen Urteil der Unterlegenen eine Illusion ist. Die jetzt nach Konstantinopel gehenden deutschen Offiziere sollen eine Wirkungsmöglichkeit erhalten, wie sie ihren Kameraden, die früher dort tätig waren, niemals beschieden gewesen ist, und wir hoffen, daß ihre Arbeit dem türkischen Heere zum Segen gereichen und zur Erhaltung der Integrität und Unabhängigkeit des Osmanenreiches beitragen möge.

Zagesgeschichte.

Staatssekretär Jörn v. Busch über Jaber. Der Staatssekretär von Elsch-Pöhringen Jörn von Busch sagte in einem Gespräch mit einem Berichterstatter der Berliner Morgenpost über die Jaberer Vorkäufe: „Aus ungenügenden und beleidigenden Worten eines Leutnants, die sofort hätten eine Sühne finden müssen, wuchs die Webersstraße aus. Anfangs war die Sache wohl nur eine militärische Angelegenheit. Aber als ein regelrechtes Heberstreiten der militärischen Webersstraße vorankam (und das geschah am 28. November), da sind wir eingeschritten. Der Oberst hat seine Webersstraße über- schritten und wird sich sehr vor dem Kriegsgericht ver-

antworten müssen. Das Militär hat sich jedenfalls in Jaber ungeschickliche Einriffe in die Webersstraße der Webersstraße zuzuschreiben kommen lassen. Es ist ein Webersstraße, wenn man sagt, die sächsische Regierung habe unter dem Einfluß des Generalstabskommandos. Die Regierung ist sofort auf das energischste eingeschritten, als sie von den militärischen Hebergriffen am 28. November Kenntnis erhielt. Jedes Unglück bringt ein Glück mit sich.“ fuhr der Staatssekretär fort. „Diese sehr bedauerlichen Ereignisse hatten das glückliche Resultat, daß sie die große Majorität der Einheimischen und Eingewanderten nicht etwa auseinander brachten, sondern sich eins fühlen ließen. Der Jaberer Fall hat die Parteien zusammengeführt. Denn es war keine Parteifrage, der Jaberer Fall; er brachte das Gefühl von webersverständlichen Webersstraße, die in einem Webersstraße zusammen leben, einheitslich zum Ausdruck. Das Resultat des Jaberer Falles wird sein: größere Ruhe wird im Webersstraße herrschen. Der Fall war eine Webersstraße über die Webersstraße Webersstraße. Er hat dieses Webersstraße gebracht. In Zukunft werden die Webersstraße Webersstraße in Hand arbeiten und wird das Webersstraße einer Unterwerfung der Regierung unter die Militärmision ein für allemal Webersstraße.“

Prethimmen über das neue französische Ministerium.

Selten ist ein neues Ministerium von der sächsische Presse in so heftiger Weise angegriffen worden, wie das Kabinett Doumergue. So schreibt der „Anz.“: Wir können dieses Ministerium, dessen bloße Ankündigung alle Welt beunruhigt hat, gar nicht glauben, so lange wir die Ernennungen nicht gelesen haben. Es wird denn auch erklärt, daß ein solches Ministerium unmöglich und durchaus lebensunfähig sei. Wenn dieses Kabinett seine Arbeit ist, dann bildet es jedenfalls eine Herausforderung. Webersstraße wir deshalb noch einen schwachen Hoffnungsstimmer. — Das „Echo de Paris“ äußert: Das Ministerium Doumergue ist das genaue Abbild der vereinigten radikalen Partei. Es ist lächerlich und zugleich beunruhigend, wenn gewisse Namen das neue Kabinett grotesk erscheinen lassen. So verleiht diesem die Webersstraße eines Galloux als Finanzmann und die Unfähigkeit eines Doumergue als Minister des Reichens den Charakter einer Drohung und Herausforderung. Sollte sich Frankreich angesichts der ihm zugefügten Schmach nicht aufbäumen? Sollte dieses Volk nicht befehlen, daß die Zeit gekommen ist, wo es, wenn es nicht elend zu Grunde gehen will, sich endlich entschließen muß, sich selbst zu verteidigen? — Der „Gaulois“ erklärt: Das Ministerium bedeutet eine Herausforderung des gesamten Menschenverstandes und der öffentlichen Meinung. Man hört denn auch die beruhigende Heberzeugung ansprechen, dieses Ministerium könne nicht lange dauern, es verlege die Webersstraße und die Interessen des Landes. — Die radikalen Blätter sprechen ihre Webersstraße darüber aus, daß es gelungen sei, ein Ministerium von so entscheidender linksrepublikanischer Richtung zu bilden. Sie verheihen sich jedoch nicht, daß demselben noch Schwierigkeiten bevorstehen werden. Die „Anz.“ sagt: Das neue Ministerium werde die Finanzfrage regeln, das Verhältnis wahlrechtlich auf ausländische Weise begeben, die Webersstraße zur zweijährigen Dienzeit vorbereiten, den republikanischen Offizieren das Vertrauen wiederzugeben und die Hoffnungen der Webersstraße verwirklichen müssen. Dies alles ist gewiß keine leichte Aufgabe.

Sozialdemokratische Agitation für die englische Deeres-Reform.

Die englische Abteilung des internationalen sozialistischen Bureaus entwickelt eine große Propaganda für eine am kommenden Sonntag stattfindende Massendemonstration gegen die Einführung der obligatorischen Dienzeit für die englische Territorialarmee. Jean Jaurès wird als Vertreter der französischen Genossen eine Rede gegen den Militarismus halten.

Oesterreich. Der Konarch der tschechischen Sozialdemokraten hat eine Resolution angenommen, in welcher zur Erhaltung des internationalen Gleichgewichts und des Friedens und insbesondere im Interesse des tschechischen Volkes die Kräftigung alles dessen als notwendig bezeichnet wird, was der Erhaltung und Entwicklung Oesterreich-Ungarns diene. Die tschechische Arbeitervorteil betrachte Oesterreich-Ungarn als die historische gegebene Grundlage ihrer Tätigkeit; sie sehe alle Hoffnungen einer alldeutschen oder panlawischen Politik als unvereinbar mit den Interessen der tschechischen Arbeiterschaft an.

Russland. Der Kaiser hat den Militärdienst der monastischen Mission hohe Ordensauszeichnungen verliehen.

Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen.

Röln. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat beschlossen, daß die ärztliche Organisation als Vertragspartei über Verträge zwischen Krankenassen und Ärzten nicht mitzuwirken habe. Aus diesem Grunde hat, wie jetzt bekannt wird, der Webersstraße Verband beschlossen, daß sämtliche lokalen Verhandlungen der Webersstraße mit den Krankenassen abgebrochen werden, ausgenommen bei Württemberg.

Wien. (Priv.-Tel.) Die österreichische Regierung verhandelt zurzeit mit dem Norddeutschen Bund und mit der Dapag über eine Neuregelung des Auswandererwesens. Die Verhandlungen befinden sich noch im Anfangsstadium; es dürften den beiden deutschen Gesellschaften besondere Rechte eingeräumt werden.

Hamburg. Der Dampfer „Prinz Wilhelm“ der Webersstraße Reederei Webersstraße, der am 2. d. M. von Hull nach Hamburg abgegangen war, ist bisher nicht an seinem Bestimmungsorte eingetroffen, so daß befürchtet wird, daß die gesamte Besatzung von 17 Mann bei dem letzten Sturm in der Nordsee untergegangen ist.

Bukarest. Der Ministerpräsident Majorescu brachte in der heutigen Kamersitzung einen Webersstraße ein. Die Billigung des Bukarester Friedensvertrages und Heberzeugung der Grenze zwischen Rumänien und Bulgarien.

Leipzig. Der Wahlreformausschuss des Landtagsberiet bereits sämtliche 66 Paragraphen der Landtagswahlordnung. Mehrere Paragraphen wurden behufs Heberprüfung an einen Unterausschuss verwiesen. Heber einige Paragraphen wurde die Webersstraße vorläufig vertagt. Der Ausschuss wählte ein zweites Komitee, das sich mit der Webersstraße befassen wird.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Aus Chardin wird gemeldet, daß in Kanton eine Webersstraße zum Sturz des Präsidenten Juanshikafai entdeckt worden sei, die am 12. Dezember ausgeführt werden sollte. Es sind zahlreiche Webersstraße erfolgt.

Leiz. Beim Auseinandernehmen eines zusammenlegbaren Gewehrs, mit dem auf Krähen geschossen worden war, erlosch der Former Webersstraße aus Leiz. Der Webersstraße hinterläßt Frau und sechs Kinder. Webersstraße stellte sich selbst der Polizei.

Frankfurt a. M. Credit 202%, Dresdner Bank 150, Staatsbahn 155%, Lombarden 21%, Aeh.

Paris. (3 Uhr nachm.) Rente 86,10, 3 % Portugiesen 63,25, Spanier 91,67, 4 % Türken (unf.) 87,90, Türkenlohe 208,50, Lombarden 109, Ottomanbank 655, Webersstraße.